



Believe in *People*

# Eine Reformagenda für **Europas Zukunft**

Prioritäten der EVP-Fraktion **2014–2019**

# Eine Reformagenda für **Europas Zukunft**

Prioritäten der EVP-Fraktion **2014–2019**



# Inhalt

<b>In Verantwortung für ein starkes Europa</b> .....	4
<b>Eine Reformagenda für Europas Zukunft</b>	
Prioritäten der EVP-Fraktion 2014–2019 .....	6
<b>Wir wollen, dass die nächste Kommission die folgenden Ziele in ihr Arbeitsprogramm aufnimmt:</b>	
I. Wir haben Europa nach der Krise stabilisiert Auf dieser Grundlage müssen wir unser Augenmerk auf Wachstum und neue Arbeitsplätze legen .....	8
II. Wir haben Europa zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gemacht Nun müssen wir unsere humanitären Werte aufrechterhalten und Europa gegen Kriminalität und Terrorismus verteidigen .....	12
III. Wir wollen kämpfen, um die Nachhaltigkeit des Sozialmodells in einer sich stetig wandelnden Welt zu bewahren .....	16
IV. Europa ist ein wichtiger Akteur auf der Weltbühne Wir wollen die externe Dimension der EU stärken .....	18



## In Verantwortung für ein starkes Europa

Die Europäische Volkspartei hat die Europawahlen 2014 gewonnen, unser Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker ist Präsident der Europäischen Kommission. Nun gilt es, das umzusetzen, was wir unseren Bürgerinnen und Bürgern vor der Europawahl versprochen haben. In dieser Publikation finden Sie unsere politischen Prioritäten für die 8. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat als größte nationale Delegation in der EVP-Fraktion die vorliegende Agenda für Europas Zukunft intensiv mitgestaltet.

Wir stehen in Europa vor gewaltigen Herausforderungen: Die Gewalt im Nahen Osten, der Terror im Irak und die Krise in der Ukraine erfordern eine neue europäische Geschlossenheit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Statt aggressiver Machtentfaltung kommt es im Zeitalter globaler Vernetzung jedoch auf ein solides Gesellschaftsmodell mit starken Volkswirtschaften an.

Unseren Wohlstand können wir nur dann erhalten, wenn wir unsere Industrie und die Wirtschaft in der EU weiter stärken. Hierzu ist es notwendig, Forschung und Entwicklung gezielt zu fördern und gute Rahmenbedingungen für Industrie und Mittelstand zu schaffen, damit wir international wettbewerbsfähiger werden. Gesunde Staatshaushalte sind hierzu ebenso unabdingbar wie ein stabiler Euro. Nur so werden wir Wachstum für mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in Europa erzielen. Darauf legen wir in dieser Legislaturperiode den Schwerpunkt. Das ist auch der Weg, Menschen nachhaltig aus schwierigen wirtschaftlichen Situationen herauszubringen und die Grundlagen zu schaffen, die drohende Spaltung Europas in Arm und Reich abzuwenden und Wohlstand für alle zu ermöglichen.

Wir sind davon überzeugt, dass sich Europa nur auf diejenigen Probleme konzentrieren sollte, die sich nur auf europäischer Ebene lösen lassen. Hierzu zählen beispielsweise die Währungs- oder die Energiepolitik. Alles, was die Mitgliedstaaten, die Regionen und Kommunen selbst besser erledigen können, muss in der dortigen Zuständigkeit verbleiben. Für das Europäische Parlament bedarf es künftig eines einheitlichen europäischen Wahlgesetzes. Wir wollen unsere Bürgerinnen und Bürger wieder stärker von der europäischen Idee überzeugen und stützen uns bei unserer Arbeit auf die christliche Wertegemeinschaft Europas.

Wir arbeiten für Sie im Europäischen Parlament für ein Europa, das im globalen Wettbewerb erfolgreich ist und das gleichzeitig gemeinsam mit seinen Partnern Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt festigt.



*Herbert Reul MdEP  
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe  
im Europäischen Parlament*



*Dr. Angelika Niebler MdEP  
Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe  
im Europäischen Parlament*

# Eine Reformagenda für Europas Zukunft

## Prioritäten der EVP-Fraktion 2014–2019

Nach der Wahl zum Europäischen Parlament steht die Europäische Union vor gewaltigen Herausforderungen. Millionen Arbeitslose, eine steigende Zahl an Migranten, der harte globale Wettbewerb und die Maßnahmen zur Überwindung der Krise gehen mit einem Vertrauensverlust in die Fähigkeit der Politik einher, Lösungen aufzuzeigen.

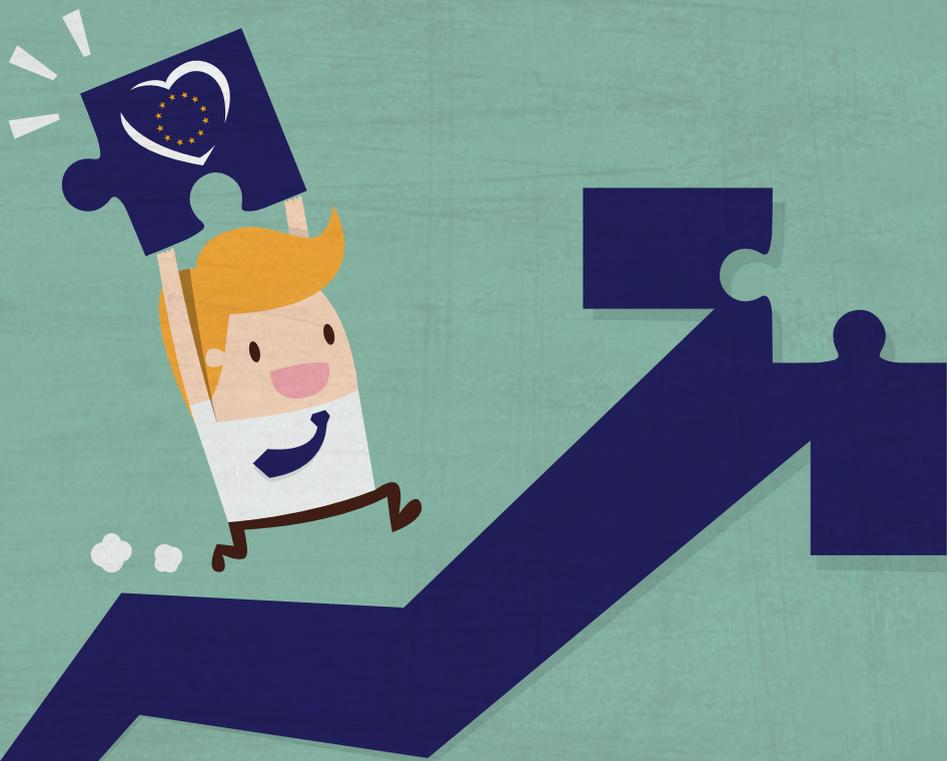
Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und die EVP-geführten Regierungen haben Reformen durchgeführt, mit denen die Europäische Union die unmittelbare Krise überwinden konnte. Nun wollen wir die EU mit einer erfolgreichen Reformagenda für die Zukunft Europas ausstatten, damit sie die anstehenden Herausforderungen bewältigen kann, indem die Wettbewerbsfähigkeit Europas mit Blick auf die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung verbessert sowie das Vertrauen der Bürger zurückgewonnen wird.

Europa ist ein Kontinent der Werte und der Menschenwürde, wie es auch in der Grundrechtecharta zum Ausdruck kommt. Die EU muss beweisen, dass sie in der Lage ist, ihre christdemokratischen Werte und ihr Sozialmodell angesichts des globalen Wettbewerbs zu verteidigen und gleichzeitig die demographische Herausforderung zu bewältigen.

Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit müssen strukturell und rigoros angewandt werden, um zu entscheiden, ob europäische Gesetzgebung erforderlich ist oder nicht. Die Stimme der nationalen Parlamente sollte in diesem Zusammenhang gehört und ihr sollte gemäß den Protokollen Nr. 1 und 2 des Vertrags von Lissabon Rechnung getragen werden.

Wir wollen, dass die nächste Kommission die folgenden Ziele in ihr Arbeitsprogramm aufnimmt:

## 1. Wir haben Europa nach der Krise stabilisiert



## Auf dieser Grundlage müssen wir unser Augenmerk auf Wachstum und neue Arbeitsplätze legen

1. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen angewandt werden. Die vereinbarten Regeln des „Two-Pack“ und des „Six-Pack“ müssen vollständig umgesetzt und eingehalten werden. Es darf keine politisch motivierten Änderungen und Zugeständnisse geben. Die Übernahme von Verantwortung heute mit dem Ziel, einen nachhaltigen Haushalt zu erreichen, vermeidet, künftige Generationen mit weiteren Schulden zu belasten.
2. Das bedeutendste Instrument zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist der Binnenmarkt. Bestehende Regelungen müssen umgesetzt und der Binnenmarkt für Dienstleistungen muss vollendet werden. Wir bestehen darauf, dass die neue Kommission Legislativvorschläge vorlegt, um die digitale Agenda weiter zu verfolgen, die eine Schlüsselpriorität und ein Instrument darstellt, damit die Vollendung des digitalen Marktes erreicht wird. Gemeinsame Datenschutzregelungen, der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums und Vorschläge zu ihrer Durchsetzung in einer globalen Wirtschaft sind unerlässlich, um das vollständige Potenzial des digitalen Marktes auszuschöpfen. Wir brauchen eine starke europäische Strategie für die Sicherheit im Internet und gegen die Verletzung der

Privatsphäre. Europa verfügt über das Potenzial, auf dem digitalen Markt eine weltweite Spitzenposition einzunehmen.

3. Wir brauchen eine Reindustrialisierung Europas, die auf einer kohärenten Strategie und ihrer Umsetzung beruht. Die Kommission muss mit einer solchen Initiative die Führungsrolle übernehmen und unsere industrielle Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, ohne aber Unternehmen mit einem übermäßigen Verwaltungsaufwand zu belasten.
4. Die Eurozone muss von einem ständigen Vorsitzenden der Euro-Gruppe geleitet werden. Dieser sollte das Amt des für Währungsfragen zuständigen Mitglieds der EU-Kommission ausüben und zum Zwecke der Aufsicht über nationale Haushalte im Rahmen des Europäischen Semesters eine ähnliche Rolle einnehmen wie der Wettbewerbskommissar. Der Euro ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir möchten nicht, dass die EU gespalten wird in Mitgliedstaaten, die der Eurozone angehören, und solchen, die ihr nicht angehören. Daher sollten Gemeinschaftsinstitutionen genutzt werden, anstatt neue bürokratische Strukturen zu errichten. Bei der Einrichtung neuer Instru-



- mente muss sichergestellt werden, dass Anreize und Konditionalität miteinander einhergehen.
- Wir fordern einen EU-Rahmen, mit dem es Unternehmen ermöglicht wird, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Innovation bedeutet Zukunft.
  - Europa braucht eine gemeinsame Energiepolitik, die nachhaltig ist und zu einer größeren Sicherheit, Unabhängigkeit und Diversifizierung unserer Energieversorgung führt sowie zu wettbewerbsfähigen und bezahlbaren Energiepreisen, die zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. Um dies zu erreichen, müssen wir mehr in die interne grenzscheidende Energieinfrastruktur der EU und insbesondere in deren Verbundfähigkeit investieren. Dies kann nur mit einem funktionierenden gemeinsamen Energiemarkt erreicht werden, der sich auf marktwirtschaftliche Prinzipien stützt und unsere Kaufkraft bei Verhandlungen mit Drittanbietern bündelt.
  - In den vergangenen Jahren hat die EU große Anstrengungen unternommen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Wir brauchen nun realistische Klimaschutzziele und eine Reform des Emissionshandelssystems (EHS), wodurch es uns ermöglicht wird, CO<sub>2</sub> Emissionen zu verringern und zugleich energieintensive Industrien in der EU zu halten und zu verhindern, dass diese Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, sowie die vereinbarten Ziele zu erreichen.
  - Ein wichtiger Schwerpunkt wird auf der Anwendung und Umsetzung der vereinbarten Bankenunion liegen, um sicherzustellen, dass ein glaubwürdiges und robustes System schnell und ohne Verzögerungen errichtet wird.
  - Europa muss ein KMU-freundliches Umfeld schaffen. Dazu zählt auch die Bereitstellung der bestmöglichen finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen für Unternehmensgründungen. Große Unternehmen und kleine Firmen müssen Zugang zu Krediten zu ähnlichen und erschwinglichen Zinssätzen haben. Die Kapitalerhöhung der EIB von 2013 muss in vollem Umfang genutzt werden. Darüber hinaus brauchen wir moderne Finanzinstrumente, etwa Risikokapital, Crowdfunding und Projektanleihen. KMU müssen einen besseren Zugang zur Vergabe öffentlicher Aufträge und zu Finanzierungsmöglichkeiten erhalten, sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene.
  - Der strukturpolitische Haushalt der Europäischen Union beläuft sich auf mehr als 350 Mrd. EUR bis 2020 und ist ein Schlüsselinstrument für die Schaffung von Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität. Diese Finanzmittel müssen wachstumsbezogen eingesetzt und den länderspezifischen Empfehlungen muss Rechnung getragen werden.
  - Die Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014–2020 sollte eine weitere Ausrichtung hin zu Innovationen, Investitionen, Beschäftigung und Wachstum in Europa ermöglichen. Mit dieser Prüfung sollte auch der Weg hin zu einem neuen Eigenmittelsystem auf Grundlage der Arbeit der hochrangigen Gruppe geebnet werden.
  - Die EU-Kommission hat mit den Vorschlägen der von Edmund Stoiber geleiteten hochrangigen Gruppe einen Abbau der Bürokratie eingeleitet. Die Initiative der Kommission zum Abbau von Bürokratie – REFIT – muss umgesetzt



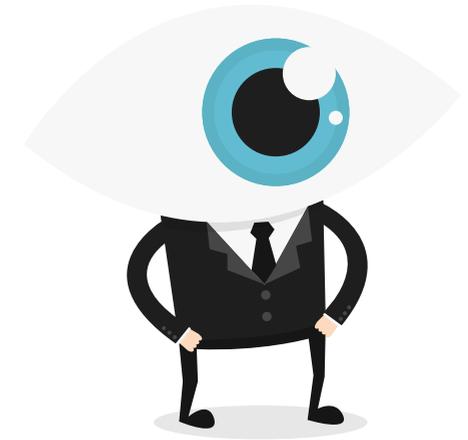
- werden. Die Mitgliedstaaten sollten beim Abbau von Bürokratie Verantwortung übernehmen. Dieser Prozess muss intensiviert und fortgesetzt werden. Wir brauchen einen unabhängigen Normenkontrollrat für eine neutrale Bewertung der Auswirkungen von EU-Recht. Die Umsetzung von EU-Recht muss auf EU-Ebene in kohärenter Weise begleitet und überprüft werden. Um Bürokratie und Verwaltungslasten weiter zu reduzieren, muss während des nächsten Mandats der EU-Kommission einem Vizepräsidenten die Zuständigkeit übertragen werden, die EU-Gesetzgebung in allen Bereichen kontinuierlich zu überprüfen, die Anwendbarkeit und Notwendigkeit zu bewerten und Vorschläge in Bezug auf eine Aufhebung, Vereinfachung und Aktualisierung der Gesetzgebung zu koordinieren.
- Die Kommission sollte einen Kommissar mit Zuständigkeit für Subsidiarität und die Prüfung der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips hin-

- sichtlich neuer und bestehender EU Gesetzgebung umfassen.
- Europa muss eine Meeresstrategie entwickeln, um zum Wirtschaftswachstum beizutragen.
  - Die EU muss für die Gesundheit der EU-Bürger einen größeren Mehrwert erbringen und Präventivmaßnahmen fördern, insbesondere indem sie gesunde Lebensweisen stärkt und für Lebensmittelsicherheit und gegen Lebensmittelbetrug kämpft. Die finanziellen und sozialen Belastungen durch nichtübertragbare Krankheiten wie Krebs müssen durch wirksame gemeinsame Anstrengungen der EU, die auf erfolgreichen bestehenden Initiativen beruhen, etwa EPAAC (Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung), CANCON (Gemeinsame Aktion zur Krebsüberwachung) und die gemeinsame Maßnahme „Equity Action“, gesenkt werden.
  - Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss auf unbürokratische Weise umgesetzt werden, damit die europäische Landwirtschaft in der Lage ist, wettbewerbsfähig zu sein und die Lebensmittelsicherheit für 500 Millionen Bürger sicherzustellen. Zahlungen im Zusammenhang mit der GAP müssen darauf ausgerichtet sein, Arbeitsplätze zu erhalten und landwirtschaftlichen Gebiete zu fördern.

## II. Wir haben Europa zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gemacht



## Nun müssen wir unsere humanitären Werte aufrechterhalten und Europa gegen Kriminalität und Terrorismus verteidigen



- Um unserer humanitären Verantwortung gerecht zu werden, muss die EU ein in vollem Umfang wirksames gemeinsames Asylsystem einrichten und die Mitgliedstaaten müssen die bestehenden Vorschriften des gemeinsamen Asylsystems vollständig umsetzen. Europa muss politischen Flüchtlingen und den Menschen, die vor Bürgerkriegen fliehen, Schutz bieten. Die legale Einwanderung zum Zwecke des Zugangs zum Arbeitsmarkt liegt im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, den wir respektieren. Wir müssen gegen Missbrauch vorgehen und zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten unterscheiden. Wirtschaftsmigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung müssen im Einklang mit dem Völkerrecht und EU-Recht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Die EU sollte in den Herkunftsländern der Migranten bessere Informationen über ihre Zuwanderungspolitik und die Risiken einer irregulären Einwanderung zur Verfügung stellen und zugleich einen Schwerpunkt auf die Bereitstellung einer stärker zielgerichteten Entwicklungshilfe und humanitären Hilfe legen.
- Die nächste EU-Kommission sollte einen Kommissar für Migrationsfragen umfassen, um eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik zu entwickeln. Die Mitgliedstaaten sollten EU-Bürgern beim Zugang zum Arbeitsmarkt Vorzug einräumen.
- Wir wollen Europas Grenzen sicherer machen, indem die finanziellen, menschlichen und technischen Ressourcen der Grenzschutzagentur FRONTEX erhöht, und ihre Rolle und Befugnisse gestärkt werden. Insbesondere kleine Länder und Mitgliedstaaten entlang der europäischen Küsten sind mit besonderen Herausforderungen in Bezug auf Migrationsfragen konfrontiert. Wir sehen den ungleichen Druck

auf Mitgliedstaaten und wir müssen darauf eine Antwort finden. Wir benötigen Verantwortung und Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Dem organisierten Verbrechen und Menschenhandel muss ein Ende gemacht werden, um Tragödien entlang der europäischen Küste zu verhindern. Unser Ziel besteht darin, Lösungen zu finden, die Unterstützung und Solidarität für die von einer zunehmenden Einwanderung betroffenen Mitgliedstaaten mit wirksamen Maßnahmen gegen Asylmissbrauch kombinieren.



20. Bei Grundprinzipien der EU wie der Freizügigkeit darf es keine Rückschritte geben. Missbrauch des Freizügigkeitsprinzips muss auf nationaler Ebene und EU-Ebene bekämpft werden. Wir wollen die Mobilität von Arbeitnehmern in der EU vereinfachen und erhöhen. Sozialbetrug und Sozialdumping dürfen nicht toleriert werden. Die EU muss die Kriterien der Familienzusammenführung überprüfen.
21. Der Schengen-Raum sollte vollendet werden mit Blick auf die Aufnahme aller Mitgliedstaaten, die einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt haben und die erforderlichen Kriterien erfüllen.
22. Wir brauchen eine Strategie für Computer- und Internetsicherheit und gegen Cyberkriminalität. Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten muss verbessert werden, um Verbrechen im Internet und außerhalb des Internets wirksamer zu bekämpfen.
23. Der Kampf für die Rechte von Frauen, darunter die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und die Bekämpfung der geschlechtsbezogenen Gewalt, muss weiterhin eine Priorität darstellen. Die Rechte von Kindern müssen geachtet werden und wir müssen sicherstellen, dass dem Wohl von Kindern im Rahmen der EU-Politik und in jedem Gesetzestext Rechnung getragen wird.
24. Die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen, Korruption und terroristischen Organisationen – einschließlich Konfiszierung und der Nachverfolgung von Geldströmen – stellt für die EU weiterhin eine Priorität dar, ebenso wie der Kampf gegen Menschenhandel, einschließlich besonderer Aufmerksamkeit für den Schutz, der Unterstützung und den Rechten von Opfern des

- Terrorismus und der Ausarbeitung einer Europäischen Charta für die Opfer des Terrorismus.
25. Der Medienpluralismus muss in allen Mitgliedstaaten garantiert, die Transparenz in Bezug auf Besitzverhältnisse erhöht und die politische Einflussnahme eingeschränkt werden.
26. Europa ist eine Gemeinschaft der Rechtsstaatlichkeit. Daher wollen wir, dass die Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit der einzelstaatlichen Rechtssysteme einer objektiven Bewertung unterzogen werden. Die EU achtet die territoriale und verfassungsmäßige Integrität ihrer Mitgliedstaaten.
27. Die Rechte von Personen, die autochthonen nationalen Minderheiten und Sprachgruppen angehören, müssen in allen Mitgliedstaaten garantiert werden. Der Gleichberechtigung der Roma-Bevölkerung und -Diaspora in sämtlichen Mitgliedstaaten muss ein besonderes Augenmerk gelten.
28. Wir sollten die europäische Bürgerinitiative überarbeiten, um die Bürgerbeteiligung zu erhöhen.

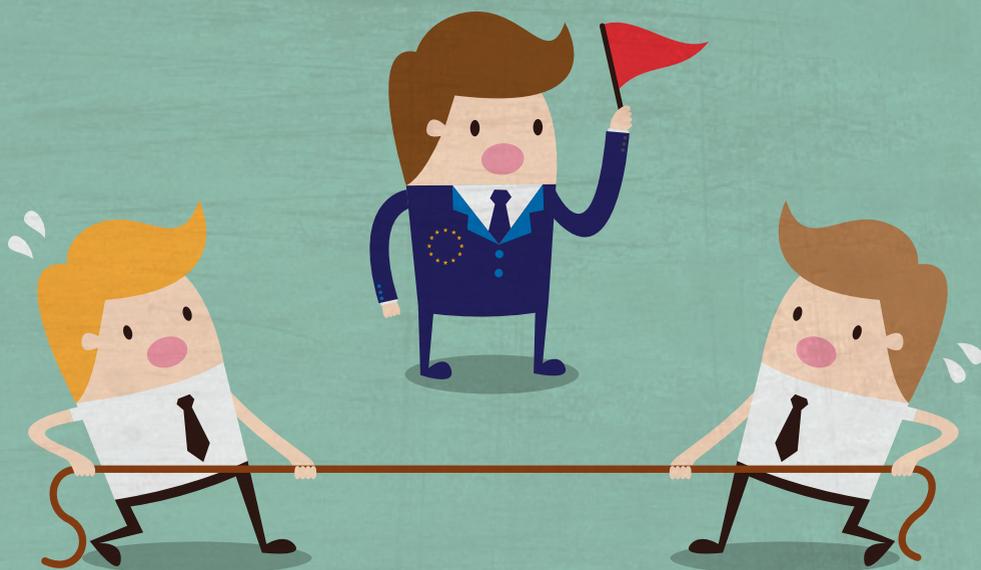


### III. Wir wollen kämpfen, um die Nachhaltigkeit des Sozialmodells in einer sich stetig wandelnden Welt zu bewahren



29. Das Leitprinzip der EVP-Fraktion ist die soziale Marktwirtschaft, in deren Rahmen anerkannt wird, dass soziale Unternehmen europaweit ein Motor des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts sind, da sie dazu beitragen, eine pluralistische und widerstandsfähige soziale Marktwirtschaft aufzubauen. Aufbauend auf den Stärken einer langen Tradition der sozialen Marktwirtschaft, sind sozial agierende Unternehmer Akteure für den Wandel und schaffen innovative Lösungen für die wichtigsten Herausforderungen von heute.
30. Maßnahmen müssen verstärkt werden um die Ziele der Strategie Europa 2020 in Bezug auf die Beseitigung der Armut und die Anhebung des Bildungsniveaus in allen Gesellschaftsschichten und Altersgruppen zu erreichen.
31. Die Leitlinien der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen müssen vollständig umgesetzt werden. Die Kommission muss sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten die Jugendgarantie vollständig umsetzen und einhalten.
32. Wir wollen die sozialen Auswirkungen von künftigen Reformvorschlägen bewerten und die sozialen Folgen von Maßnahmen erörtern, insbesondere was Familien betrifft.
33. Solidarität zwischen den Generationen bildet den Schlüssel für einen nachhaltigen sozialen Frieden und ist die Antwort auf den demographischen Wandel in Europa. Wir befürworten die Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen.
34. Wir erkennen die wichtige Rolle der Sozialpartner an.
35. Wir brauchen ein starkes soziales Sicherheitsnetz für unsere Bürger, lehnen die Harmonisierung sozialer Sicherungssysteme jedoch ab.
36. Wir wollen Steuerhinterziehung aktiv bekämpfen. Wir lehnen Steueroasen ab.
37. Die Kommission muss ihr Augenmerk darauf richten, die kulturelle Dimension der EU zu stärken, indem sie die kulturelle Vielfalt der EU schützt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich den ehrgeizigen Zielen für die ausbildungsbezogene Mobilität verpflichten. Bildung ist eine nationale Zuständigkeit. Wir wollen uns allerdings mit der grenzüberschreitenden Dimension befassen, um das Verständnis für den weiteren europäischen Kontext zu stärken und Bildungsperspektiven zu verbessern, und Horizonte für ein globales Denken und interkulturelles Verständnis zu öffnen.
38. Wir fordern ein sofortiges Ende der türkischen Besatzung auf dem Gebiet der Republik Zypern und unterstützen im Einklang mit den Werten und Grundsätzen, auf denen die EU gegründet ist, uneingeschränkt sämtliche Bemühungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, die zu einer Lösung der Zypern-Frage führen.

## IV. Europa ist ein wichtiger Akteur auf der Weltbühne Wir wollen die externe Dimension der EU stärken



39. Wir wollen, dass im Rahmen der außenpolitischen Aktivitäten der EU gemeinsame Maßnahmen durchgeführt werden, um die globale Rolle Europas zu stärken, die auf den Grundwerten der EU beruht, etwa der Förderung der Demokratie sowie der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Unsere Prioritäten umfassen eine verstärkte und überarbeitete Nachbarschaftspolitik, eine Stärkung der Sicherheit und der Verteidigung, eine starke Außenpolitik in Bezug auf die Energieversorgungssicherheit und ein solide verankertes transatlantisches Bündnis.
40. Um sich Gehör zu verschaffen, muss die EU mit einer Stimme sprechen. Wir müssen den Europäischen Auswärtigen Dienst durch die vollständige Umsetzung der Halbzeitbewertung 2013 stärken, insbesondere indem wir die politische und koordinierende Rolle des Hohen Vertreters ausbauen.
41. Wir müssen die transatlantische Partnerschaft, die auf unseren gemeinsamen Werten und Interessen beruht, als eine der wichtigsten außenpolitischen Prioritäten weiter ausbauen und stärken, um bei zentralen außenpolitischen Fragen eine weltweite Führungsrolle übernehmen zu können.
42. Wir betrachten den Handel als eines der Schlüsselemente des außenpolitischen Handelns der EU. Wir streben ein möglichst offenes und faires weltweites Handelssystem an, um politische Beziehungen zu vertiefen und neue Arbeitsplätze in den europäischen Exportindustrien zu schaffen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die laufenden Verhandlungen über strategische Partnerschaften und Assoziierungsabkommen. Dies umfasst insbesondere ein Handels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten, mit dem die hohen Standards Europas in den Bereichen Verbraucher-, Umwelt-, Sozial- und Datenschutz als auch ein hoher Schutz von Investitionen gewährleistet werden sollen. Dieses Abkommen soll darüber hinaus US- und EU-Bürger besser vor Terrorismus schützen. Ähnliche Abkommen soll es auch mit anderen Regionen wie Japan und anderen asiatischen Ländern, Kanada, Lateinamerika und dem Mittelmeerraum geben.
43. Wir müssen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik weiterhin maßgeschneiderte Partnerschaften aufbauen, die auf dem „Mehr-für-Mehr“-Konzept beruhen sowie die demokratischen Prozesse und die Rechtsstaatlichkeit stärken. Wir müssen einen Beitrag zur Stabilisierung dieser Regionen leisten und sie näher an Europa heranführen.
44. Wir müssen der Ukraine zur Seite stehen und eine friedliche Lösung des bewaffneten Konflikts im Osten der Ukraine unterstützen, wobei die territoriale Unversehrtheit der Ukraine zu achten ist. Wir müssen die erforderlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen sorgfältig überwachen und die übrigen Bestimmungen des AA/DCFTA (Assoziierungsabkommen/Abkommen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone) mit der Ukraine sowie die AA/DCFTA mit Georgien und der Republik Moldau so bald wie möglich unterzeichnen. Wir müssen auf eine zügige Visaliberalisierung mit dem Ziel eines visafreien Reiseverkehrs hinarbeiten.
45. Wir müssen den anhaltenden Versuchen Russlands standhalten, die ENP-Länder zu desta-



- bilisieren, die Östliche Partnerschaft zu untergraben und seinen Einfluss auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion wiederherzustellen. Wir müssen angemessene Sanktionen als Reaktion auf Maßnahmen Russlands verhängen, die gegen das Völkerrecht verstoßen.
46. Die Erweiterung gehört zu den Erfolgsgeschichten der Europäischen Union. Jedes Kandidatenland sollte ausschließlich nach seinen eigenen Leistungen beurteilt werden, unter Beachtung der uneingeschränkten Einhaltung der Kopenhagener Kriterien und der Integrationsfähigkeit der Europäischen Union. Insbesondere was den Balkan betrifft, halten wir uns an die Verpflichtungen von Thessaloniki. In den kommenden fünf Jahren wollen wir die geeigneten Voraussetzungen für eine Erweiterung in dieser Region schaffen. Ergänzend dazu werden wir eine allgemeine Debatte über die geographischen und politischen Grenzen der EU führen.
47. Was den Sonderfall der ergebnisoffenen Verhandlungen mit der Türkei betrifft, in Ermangelung eines erfolgreichen Abschlusses, sind wir entschlossen, eine privilegierte und verstärkte Partnerschaft anzustreben und deshalb ist eine Vollmitgliedschaft nicht länger unser Ziel.
48. Wir müssen das Potenzial des Vertrags von Lissabon im Rahmen der GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) voll nutzen (z.B. durch eine ständige strukturierte Zusammenarbeit), die europäische Verteidigungsindustrie stärken, eine neue Europäische Sicherheitsstrategie sowie ein neues flexibles und einsetzbares Modell für die EU-Gefechtsverbände entwickeln. und Fähigkeitslücken ausgleichen.
49. Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Verpflichtung zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele aufrechterhalten, deren Ziel darin besteht, die extreme Armut bis 2030 zu beseitigen. Die EU sollte weiterhin der wichtigste Geber von Entwicklungshilfe weltweit sein. Allerdings bestehen wir darauf, dass eine solche Hilfe schwerpunktmäßig an Länder vergeben wird, die hohe Standards hinsichtlich einer verantwortungsvollen Staatsführung und der Einhaltung demokratischer Grundsätze und der Menschenrechte aufweisen.

Die EU muss eine Antwort finden auf die vom Vereinigten Königreich vorgebrachten Bedenken. Die EVP-Fraktion möchte, dass das Vereinigte Königreich ein Mitgliedstaat der Europäischen Union bleibt. An den Grundfreiheiten der EU dürfen keine Änderungen vorgenommen werden. Das Vereinigte Königreich wiederum darf künftige Integrationschritte, insbesondere im Euroraum, nicht blockieren.

Wir wollen Europa verändern. Wir wollen Europa verbessern. Die EU muss für ihre Bürger eine Heimat sein und darf nicht als Bedrohung empfunden werden. Mit dieser Reformagenda hat die EVP-Fraktion in der Debatte um die Zukunft der Europäischen Union eine Führungsrolle übernommen. Wir sind das politische Herz Europas.



## EVP-Fraktion

im Europäischen Parlament

<b>Veröffentlicht von:</b>	EVP-Fraktion im Europäischen Parlament Presse und Kommunikation Publikationsteam
<b>Herausgeber:</b>	Pedro López de Pablo
<b>Verantwortlich:</b>	Greet Gysen
<b>Koordinator:</b>	Daniela Bührig
<b>Revision:</b>	Meike Bogdan
<b>Adresse:</b>	Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, B-1047 - Brüssel
<b>Internet:</b>	<a href="http://www.eppgroup.eu">http://www.eppgroup.eu</a>
<b>E-mail:</b>	<a href="mailto:epp-publications@ep.europa.eu">epp-publications@ep.europa.eu</a>
<b>Copyright:</b>	EVP-Fraktion im Europäischen Parlament